

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DBU



Grossratsgeschäftsnummer: 16 / BS 21 / 201
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DBU

Bericht der GFK-Subkommission DBU zur Geschäftsprüfung 2017

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DBU

Präsident: Dransfeld Peter, Ermatingen
Mitglieder: Hartmann Brigitta, Weinfelden
Leuthold Stefan, Frauenfeld
Zimmermann David, Braunau

Geschäftsbericht 2017 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2017

Allgemeines zum Departement

Bevölkerungswachstum, zunehmender Raumbedarf, Kulturland- und Umweltschutz stellen das Departement für Bau und Umwelt vor grosse Herausforderungen. Der Druck auf Siedlungen und Verkehrswege nimmt zu, die wachsende Regeldichte kollidiert mit dem Wunsch nach Selbstbestimmung Einzelner sowie der Gemeinden. Damit ist das Departement inhaltlich, formal, koordinativ und kommunikativ gefordert. Dies umso mehr, als neben der korrekten und effizienten Erledigung der einzelnen Aufgaben der Blick fürs Ganze zu wahren, der Sinn der bürgerfreundlichen, nachhaltigen und langfristigen Gestaltung von Siedlung, Raum und Umwelt nicht aus den Augen zu verlieren ist. Das Departement wirkt gut aufgestellt, um diese Herausforderungen flexibel, effizient und zielführend anzugehen.

Zu dem positiven Gesamtbild, den das Departement vermittelt, gehören die nötige Fachkompetenz, professionelle Strukturen und Prozesse und, nicht zuletzt auch ein gutes Arbeitsklima, wie die laufend sinkende und vergleichsweise tiefe Fluktuation zeigt.

Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem Nettoaufwand von knapp 34 Mio., was ziemlich genau Budget und Vorjahresergebnis entspricht. Die Investitionsrechnung weist mit knapp 30 Mio. Nettoaufwand fast den gleichen Wert wie im Vorjahr auf, jedoch eine deutliche Unterschreitung des Budgets. Grund dafür sind u.a. Verschiebungen von Hochbauten sowie des Hochwasserschutzprojekts Weinfelden-Bürglen. Die Übertragung der Immobilienbewirtschaftung (vormals Liegenschaftenverwaltung) ins DBU ist zwar operativ bereits im Laufe des Jahres 2017 erfolgt, finanziell wurde der Wechsel aber erst per 1.1.18 vollzogen. Dementsprechend schlägt sich der Wechsel zwar im Budget 2018, nicht aber in der Rechnung 2017 nieder.

Ämterbesuche 2018

Die Subkommission DBU hat folgende Ämter besucht:

- Amt für Raumentwicklung
- Amt für Umwelt
- Generalsekretariat DBU
- Hochbauamt
- Hochbauamt (Liegenschaftenverwaltung)

Alle 5 Ämterbesuche waren von einem vertrauenswürdigem Klima der Offenheit geprägt. Gestellte Fragen wurden, trotz engen Terminrahmens, ausführlich und nachvollziehbar beantwortet und mit zusätzlichen Ausführungen und Unterlagen ergänzt. Die Beantwortung von Standardfragen nach internen Buchhaltungen, Kompetenzen, Prämien, Fluktuation u.a.m. ergibt durchwegs und vorbehaltlos das Bild korrekt, transparent, und professionell geführter Ämter. Der Besuch der Liegenschaftenverwaltung wurde ausnahmsweise als eigener Amtsbesuch behandelt, da ausführliche Fragen seitens der GFK vorlagen.

Bürgernähe ist für Verwaltung und Politik eine Daueraufgabe, die Qualität und Effizienz der Arbeit fördert, namentlich durch Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten. Die Frage nach der Qualität der Kommunikation nach aussen wurde teilweise mit einer positiven Selbstwahrnehmung beantwortet, teilweise mit der nüchternen (und wohl realistischen) Feststellung, dass man dafür die Empfänger der Kommunikation fragen müsse. Sorgen in bezug auf die Bürgernähe macht die zunehmende Streitkultur, die die Ämter vermehrt zu Vorsicht und Zurückhaltung anhält. Unkomplizierte Auskünfte, die eigentlich wünschbar wären, führen mitunter in einem späteren Rechtsstreit zum Vorwurf der Vorbefasstheit bzw. Befangenheit.

Ein ergänzendes Gespräch mit der Finanzkontrolle betraf sowohl Fragen zum Departement, als auch weitergehende Fragen bis hin zur generellen Arbeitsweise der FIKO. Auch ihren Vertretern sei bestens für das aufschlussreiche Gespräch gedankt.

Aus dem Gespräch mit der FIKO geht der Wunsch nach mehr Transparenz bei der Darlegung von Tiefbau-Projekten sowie die Feststellung hervor, dass tendenziell ziemlich vorsichtig budgetiert wird. Letzteres lässt sich leicht anhand der Abrechnungen nachvollziehen, was auch in der Subkommission bereits ein Thema war. Ferner hat die FIKO in Aussicht gestellt, der Subkommission darzulegen, ob und wie sie anhand von Beispielen die Prüfung von Arbeitsvergaben dokumentieren und erläutern kann (Rückmeldung steht noch aus).

Besondere Fragen (amtsübergreifend)

Informatik: Fragen nach der Zufriedenheit mit der Informatik wurden differenziert beantwortet, gesamthaft ist der Eindruck einer befriedigenden Situation entstanden.

Baubewilligungen für Grossveranstaltungen: Der aktuelle Fall einer Moto-Cross-Veranstaltung hat die Frage aufgeworfen, unter welchen Umständen Grossveranstaltungen, die Baumassnahmen umfassen, Baubewilligungen erfordern. Die bisher übliche Beschränkung auf Veranstaltungsbewilligungen wird teilweise als zu locker empfunden. Ein striktes Beharren auf Baubewilligungen mit den entsprechenden Fristen könnte aber zahlreiche Anlässe wie sportliche Wettkämpfe, Open-Air-Konzerte u.a.m. massiv erschweren.

Illegale Bauten: Widerrechtliche Bauten werden offensichtlich seitens der Gemeinden, nicht immer mit der nötigen Konsequenz verfolgt. Der Kanton kann nach heutigem Recht aufsichtsrechtlich vorgehen, die baupolizeiliche Verantwortung liegt aber bei den Gemeinden. Dass einige Gemeinden dieser Verantwortung nicht nachkommen, verletzt geltendes Recht und das Vertrauen in unsere Institutionen.

Bauen ausserhalb der Bauzone: Nach heutigem Recht entscheidet zwar weitgehend der Kanton über Bauten ausserhalb der Bauzone, die formale und baupolizeiliche Zuständigkeit liegt aber bei der Gemeinde. Die vom Regierungsrat angedachte Übertragung der gesamten Verantwortung an den Kanton ist seitens der Gemeinden ziemlich umstritten. Zu recht wird erwogen, die entsprechenden Arbeiten abzubrechen und damit den Status Quo zu erhalten.

Siedlungsqualität: Sorgen über die Qualität unserer Siedlungen beschäftigen Fachleute wie Laien. Eine Verschandelung von Dörfern und Städten, zu hohe Fixiertheit (auch der Architekten) auf das Einzelobjekt und eine verantwortungslose Vernachlässigung des Siedlungsbaus sind oft genannte Kritikpunkte. Das DBU, dessen Ämter unsere Siedlungs- und Bauentwicklung massgeblich beeinflussen, teilt diese Sorgen. In der Meinung, dass eine noch höhere Regeldichte keine Lösung darstellt, werden neue Wege der Kommunikation angestrebt. Ein erster Schritt hierzu ist eine am 25. Mai 2018 durchgeführte Veranstaltung, zu der Vertreter unterschiedlichster Anspruchsgruppen geladen waren.

Preisabsprachen: Eine Übersicht grösserer Arbeitsvergaben im Tiefbau lässt vermuten, dass Preisabsprachen keine wesentliche Rolle (mehr) spielen. Die Sensibilität für das Thema scheint im Departement jedoch ausbaufähig.

Expertisen: Das wertvolle Angebot, die Fachkompetenz der Ämter des DBU zu beanspruchen, wird regelmässig von Externen, insbesondere von Gemeinden, in Anspruch genommen. Es empfiehlt sich dabei, früh zu klären, ob die Rolle des Kantons eine beratende, begleitende oder leitende ist, da die Vertretung kantonaler Ämter oft stillschweigend so verstanden wird, dass diese rundum Verantwortung für ein professionelles Vorgehen übernehmen.

Gebäudeversicherung und Baudenkmäler: Es gibt Hinweise, dass die von der kantonalen Gebäudeversicherung angesetzten Versicherungssummen zumindest in der Wahrnehmung der Eigentümer bei Baudenkmälern zu tief angesetzt sind, um einen angemessenen Wiederaufbau zu ermöglichen. Dieser Frage wird im Austausch zwischen den Departementen DBU und DJS weiter nachgegangen.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

6010-6020 Generalsekretariat

Wesentliche Fragen siehe oben (amtsübergreifend).

6110-6120 Amt für Raumentwicklung

Wil West: Vertreter des ARE wirken in verschiedenen Gremien rund um den Entwicklungsschwerpunkt Wil West mit. Es wird an einer kantonalen Nutzungszone gearbeitet, die für die Gemeinde Münchwilen bereits fortgeschritten, für die Gemeinde Sirnach in der Startphase ist.

Baugesuchszentrale: Erstmals ermöglicht eine elektronische Überwachung die Kontrolle der Bearbeitungsdauer von Baugesuchen. Die Subkommission ist detailliert über die Entwicklung der Verweildauer innerhalb der kantonalen Verwaltung dokumentiert worden. Das im August 2017 genehmigte Projekt für eine Baugesuchs- und Ortsplanungsadministration (BOA) sieht vor, bis Ende 2018 alle kantonalen Fachstellen an ein zentrales System anzuschliessen. Bis Ende 2020 sollen Baugesuche und Planungen vollständig in der BOA abgewickelt werden. Eine Anbindung an die Gemeinden ist später denkbar, im Moment aber noch nicht konkret geplant. Eine Zeit- und Ressourcenersparnis wird aufgrund der gleichzeitig zunehmenden Regelungsdichte nicht erwartet.

Ortsplanungen: Die Umsetzung der einheitlichen Messweisen, wie sie das 2013 eingeführte neue Planungs- und Baugesetz (PBG) vorsieht, erweist sich als herausfordernd. Erst 10 der 80 Thurgauer Gemeinden haben ihre Baureglemente innert der ordentlichen Frist bis Ende 2017 revidiert, alle weiteren haben um Fristverlängerung ersucht, der Arbeitsfortschritt ist sehr unterschiedlich. Das ARE ist bemüht um Unterstützung und geeignete Arbeitshilfen.

6210-6224 Hochbauamt

Erweiterung Regierungsgebäude: Ende Mai 2018 wurde der GFK kurz der im vergangenen Sommer abgeschlossene Projektwettbewerb für die Erweiterung des Regierungsgebäudes vorgestellt. Es wird angedacht, den Baukredit aufgrund eines gut ausgearbeiteten Vorprojekts vorzulegen. Der Verzicht auf die höhere Bearbeitungstiefe ei-

nes Bauprojekts bedeutet etwas mehr Unsicherheiten, namentlich in bezug auf die Kosten, dafür aber substanzielle Zeit- und Kostenersparnis bis zur Kreditabstimmung. Um eine breite Abstützung des für den Thurgau sehr grossen Bauvorhabens sicherzustellen, erscheint es ratsam, mehr als bisher proaktiv und frühzeitig die Überlegungen hinter dem Projekt zu kommunizieren, sowohl gegenüber politischen Entscheidungsträgern als auch gegenüber Stadt, Personal und weiteren Anspruchsgruppen. Für eine Aussage über die konkrete Nutzung der Flächen ist es zu früh, es dürfte aber nichts dagegen sprechen, die Grössenordnung der Mietflächen zu benennen, die sich durch das Bauvorhaben einsparen lassen, also grundlegende Überlegungen, die der Ausschreibung des Wettbewerbs zugrundeliegen. Auch eine Konkretisierung der momentan noch vagen Aussagen zur Energieeffizienz wäre wünschbar.

Museen: Anfang 2017 hat eine interdisziplinäre und breit abgestützte Projektgruppe begonnen, nach Aufgabe des ursprünglich verfolgten Wegs im Sinne eines Neuanfangs Lösungswege für die Erweiterung des Kunstmuseums in Ittingen zu suchen. Die ursprünglich auf Ende 2017 angekündigten Ergebnisse sollen nun im Sommer vorliegen. Die Departementschefin ist zuversichtlich, dass damit unter Wahrung der zahlreichen und anspruchsvollen Randbedingungen ein gangbarer Weg geschaffen ist. Vor diesem Hintergrund soll weiterhin daran festgehalten werden, das Kunstmuseum zeitlich dem historischen Museum vorzuziehen, was die Schaffung neuer Räume angeht. Die kurz vor Abschluss der Beratungen bekannt gewordene Rückzahlung einer offenbar irrtümlich geleisteten Zahlung an die Stiftung der Kartause Ittingen wurde in der Subkommission nicht behandelt, der GFK aber durch die Departementsvorsteherin des DEK erläutert. Es ist vorstellbar, dass die noch offenen Fragen zu diesem Vorgang, soweit sie Bau oder Planung betreffen, auch die Subkommission DBU tangieren.

Mietobjekte: Im Vorfeld geäusserte Bedenken, wonach überhöhte Mietpreise bezahlt würden, fanden keine Bestätigung. Es wurde nachvollziehbar dargelegt, dass der Kanton in der Regel fertig ausgebaute und ausgestattete Flächen mietet, was verständlicherweise zu höheren Mietzinsen als bei der sonst verbreiteten Rohbaumiete führt. Dargelegt wurde auch, wie Raumbedürfnissen rasch und flexibel entsprochen wird, in Notfällen sogar innert weniger Tage.

Asbest in Büroräumen: Der Subkommission wurde ausführlich dargelegt, wie in bezug auf die festgestellten Asbest-Verunreinigungen in den Büroräumen des AfU gehandelt wurde. Die getroffenen Massnahmen erscheinen korrekt und zweckmässig, soweit erkennbar wurde verantwortungsbewusst gehandelt, so dass die Gefährdung von Personen weitgehend ausgeschlossen werden kann.

6310-6376 Tiefbauamt

Lärmschutz: Der GFK wurde in einer Präsentation ausführlich dargelegt, welche Aktivitäten das Tiefbauamt im Bereich der Lärmsanierung von Kantonsstrassen verfolgt, welche die physikalischen und gesetzlichen Grundlagen sind und wie die Umsetzung erfolgt.

Littering: Der erhebliche Rückgang der Litteringkosten (-18%) ist erfreulich, aber noch nicht abschliessend geklärt. Ob es sich um einen langfristigen Trend handelt, bleibt zu beobachten.

OLS: Die kurz vor Abschluss der Beratungen entstandenen Diskussionen über die Oberlandstrasse (OLS) zwischen Kreuzlingen und Oberthurgau haben die Arbeit der Subkommission nicht tangiert, werden dies aber möglicherweise in Zukunft tun.

Im Übrigen gibt es keine Bemerkungen. Das Amt wurde zuletzt 2017 besucht.

6410 Amt für Denkmalpflege

Keine Bemerkungen. Das Amt wurde zuletzt 2017 besucht.

6510-6530 Amt für Umwelt

Amtsleitung: Der unmittelbar bevorstehende Wechsel des Amtschefs scheint gut und vorausblickend vorbereitet. Der künftige Amtschef, Martin Eugster, heute stellvertretender Amtschef, wird laufend in wichtige Entscheide mit einbezogen. Mit dem langjährigen Leiter der Administration Olaf Bürklin ist für Kontinuität gesorgt. Neuer stellvertretender Amtschef soll Heinz Ehmann werden, der heute Abteilungsleiter ist.

Recycling: Die im Herbst 2015 eingeführte Sammlung von Kunststoffabfällen (KUH-Bag) erscheint zielführend. Der Anteil unerwünschter Artikel ist tief, es wurden Recycling-Quoten über 50% erreicht, das Potenzial reicht bis 75%.

Insektensterben: Für dieses Thema sieht das AfU die Zuständigkeit beim Amt für Raumentwicklung. Die Subkommission ist dem noch nicht weiter nachgegangen, was angesichts der weltweiten Sorgen über das Insektensterben aber Sinn machen dürfte.

Hochwasserschutzprojekt Weinfelden-Bürglen: Von vier Beschwerdefällen sind drei mittlerweile rechtskräftig entschieden, ein vierter ist noch hängig. Es ist vorstellbar, dass die sistierten Planungsarbeiten in der zweiten Jahreshälfte wieder aufzunehmen.

6610-6620 Forstamt

Keine Bemerkungen. Das Amt wurde zuletzt 2017 besucht.